<https://doi.org/10.1007/s10357-018-3384-4>

Die tierschutzrechtliche Verbandsklage

Kloepfer, Michael (Hrsg.)/Kluge, Hans-Georg (Hrsg.), Duncker & Humblot, Berlin 2017 (Schriften zum Umweltrecht, Band 186, 127 S., ISBN 978-3-428-152582, €59,90)

Die tierschutzrechtliche Verbandsklage stellt ein wichtiges Instrument dar, um dem Vollzugsdefizit im Tierschutzrecht etwas entgegen zu setzen. In Anlehnung an entsprechende Rechtsbehelfe im Umweltrecht wird anerkannten Tierschutzorganisationen die Möglichkeit eingeräumt, behördliche Entscheidungen im Tierschutzrecht und insbesondere auch ein Versagen der Behörden beim Einschreiten gegen tierschutzwidrige Umstände einer gerichtlichen Prüfung zuzuführen. Obwohl mit der Einführung der Tierschutzverbandsklage in bislang sieben Bundesländern (Bremen, Hamburg, Schleswig-Holstein, Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz, Saarland und Baden-Württemberg) keine Änderung des materiellen Tierschutzrechts verbunden ist, wenden sich Interessenverbände der Halter sogenannter „Nutztiere“, tierversuchsauffällige Einrichtungen, Vertreter von Zoos und Zirkussen, aber auch Veterinärvertreter immer wieder unisono und mit aller institutionellen Macht gegen die Eröffnung bzw. (wie zuletzt im Falle von Nordrhein-Westfalen) der Beibehaltung einer Klagemöglichkeit für Tierschutzorganisationen. Bereits dies mag etwas darüber aussagen, welcher Stellenwert im Kreise der „Tiernutzer“ der Verhinderung einer effektiven gerichtlichen Überprüfung der Einhaltung der gesetzlichen Mindeststandards des Tierschutzes beigemessen wird. Grund genug, über Zweck und Umsetzung des Instruments Tierschutzverbandsklage im Rahmen einer wissenschaftlichen Tagung zu diskutieren. Die Tagung „Die tierschutzrechtliche Verbandsklage“, die am 24. Juni 2016 in der Humboldt-Universität zu Berlin auf Einladung der Forschungsplattform Recht, dem Forschungszentrum Umweltrecht e.V., der Albert-Schweitzer-Stiftung für unsere Mitwelt, der Erna-Graff-Stiftung für Tierschutz und der Kanzlei Röttgen, Kluge & Hund stattfand, beleuchtete das Thema aus den verschiedenen Blickwinkeln unterschiedlicher Akteure im Tierschutzrecht. Der nun bei Duncker & Humblot erschienene Tagungsband gibt die einzelnen Vorträge in größtenteils überarbeiteter Fassung wieder.

Der Beitrag der hessischen Landestierschutzbeauftragten, *Madeleine Martin*, schildert plastisch das nicht mehr zu leugnende Vollzugsdefizit im Tierschutzrecht und beleuchtet dessen Hintergründe. Besonders wichtig erscheint der Befund, dass die Tierschutzverbandsklage letztlich auch handlungswilligen Amtstierärzten Rückendeckung zur Durchsetzung des Tierschutzrechts gibt. *Ralph Schönfelder*, Erster Staatsanwalt der Staatsanwaltschaft Stuttgart, berichtet von den Abläufen bei der Bearbeitung von Tierschutzstrafsachen. Insbesondere in den Ländern, in denen bisher keine Tierschutzverbandsklagen möglich sind, bleibt Tierschutzorganisationen oftmals nicht anderes übrig, als zu versuchen, über Strafanzeigen Druck auf die Beteiligten auszuüben. *Schönfelder* erörtert das Problem der hohen Zahl der

Verfahrenseinstellungen und dem – mangels Verletzteneigenschaft – nicht gegebenen Akteneinsichtsrecht der Anzeige erstattenden Tierschutzorganisation. *Felix Herzog*, Professor an der Universität Bremen, nähert sich dem Thema mit einem Fokus auf die Schnittstelle zwischen Recht und Ethik. Kann die Tötung gerade geschlüpfter männlicher Küken aus rein wirtschaftlichen Erwägungen tatsächlich ein „vernünftiger Grund“ im Sinne des § 17 TierSchG anzusehen sein, es wie das OVG Münster meint? Überzeugend kommt *Herzog* zu dem Schluss, dass die auf das Rückwirkungsverbot gemäß Art. 103 Abs. 2 GG gestützte Argumentation des OVG Münster mangels irgendeiner gefestigten Rechtsprechung zur ökonomisch motivierten Tötung von Küken nicht überzeugt. Über die Klage der Robben in der Nordsee (VG Hamburg, Beschluss v. 22.9.1988 – 7 VG 2499/88) zu den Klagen des Nonhuman Right Project in 2014 New York spannt *Herzog* den Bogen zur entscheidenden Frage, wie man nichtmenschlichen Tieren zur Durchsetzung ihrer unveräußerlichen Rechte Gehör verschaffen kann. *Günther Hager*, emeritierter Professor an der Universität Freiburg, sieht die Tierschutzverbandsklage nicht nur als Mittel zur Rechtmäßigkeitskontrolle behördlicher Entscheidungen, sondern vor allem auch als wichtiges Instrument zur Klärung rechtlicher Grundsatzfragen. Dabei blickt er auf die Aufgabe der Judikative einen rationalen Diskurs in Gang zu setzen und den Wertewandel in der Gesellschaft in Bezug die Wahrnehmung der ethischen Relevanz der Interessen nichtmenschlicher Tiere in der Rechtsprechung zu reflektieren. *Matthias Rossi*, Professor an der Universität Augsburg beleuchtet die Regelungsbefugnis der Bundesländer zum Erlass landesrechtlicher Tierschutzverbandsklagegesetze im Rahmen der konkurrierenden Gesetzgebungskompetenz nach Art. 72 GG. Dabei kommt er zu dem Schluss, dass aus dem Umstand, dass der Gesetzgeber auf Bundesebene bislang von der Einführung der Tierschutzverbandsklage abgesehen hat, keine Sperrwirkung gegenüber den Ländern entfaltet. Die föderale Regelungsbefugnis liegt derzeit weiter bei den Ländern. Die Einführung einer Tierschutzverbandsklage auf Bundesebene hätte allerdings zur Folge, dass ab Inkrafttreten des Bundesgesetzes die bisherigen Tierschutzverbandsklagegesetze nichtig wären. *Peter Knitsch*, Staatssekretär im Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Landwirtschaft, Natur- und Verbraucherschutz des Landes Nordrhein-Westfalen, und *Martin-Sebastian Abel*, Mitglied des Landtages von Nordrhein-Westfalen, berichten von den Erfahrungen seit der Einführung des Tierschutz VMG NRW. Beide bestätigen, dass sich die von Interessensvertretern der Tiernutzer geäußerten Befürchtungen einer hohen Mehrbelastung von Behörden und Gerichten nicht bewahrheitet haben. Die CDU-Landesregierung in NRW plant allerdings, das befristete Gesetz zum 31. Dezember 2018 auslaufen zu lassen. Der abschließende Beitrag von *Peter Kremer*, Rechtsanwalt in Berlin, beleuchtet die Gemeinsamkeiten, Überschneidungen und Unterschiede zwischen der Verbandsklage im Umwelt- und Naturschutzrecht und im Tierschutzrecht.

Durch die Vielzahl der Beiträge zeichnet der Tagungsband ein vielfältiges Bild der Themen im Zusammenhang mit der Tierschutzverbandsklage. Es bleibt zu hoffen, dass anerkannte Tierschutzorganisationen von dem Instrument gerade zur Klärung tierschutzrechtlicher Grundsatzfragen zukünftig deutlich häufiger als bisher Gebrauch machen. Dies wäre nicht nur ein Gewinn für die Rechtsentwicklung im Bereich des Tierschutzes. Vielmehr können Tierschutzverbandsklagen auf diesem Wege Meilensteine auf dem Weg zur Anerkennung von Tierrechten schaffen.

RA Dr. Tobias Schneider,
Berlin, Deutschland